

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1949

65 (1.10.1949)

ETTlinger ZEITUNG

Erscheinungsweise: Montag, Dienstag, Donnerstag und Samstag mittig. Frei Haus 1.85, im Verlag abgeholt 1.65, durch die Post 1.85 zuzüglich 36 Dpf. Zustellgeld. Einzelnummer 15 Dpf.

Badischer Landsmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpf. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

1./50. Jahrgang

Samstag, den 1. Oktober 1949

9r. 65

Appell an die Westmächte

Demontage-Diskussion im Bundestag - Völlige Einmütigkeit aller Parteien - „Eine unerträgliche Belastung“

Bonn (TP) Die Erörterung des deutschen Demontage-Problems ist am Freitag in völliger Einmütigkeit aller Parteien im Bundestag durchgeführt worden.

Der Bundeskanzler stellte die große Enttäuschung seiner Regierung über den Verlauf der Demontageaktion fest. Die Bundesregierung habe bisher geglaubt, daß eine Revision möglich sei. Adenauer wies die Westalliierten auf die psychologische Seite des Problems hin und betonte dabei, daß es sich deutscherseits bei der Erörterung der Demontagefrage weder um Propaganda, noch um Rechthaberhandele handele. „Schon der Versailler Vertrag war in seiner Auswirkung die beste Propaganda für einen zügellosen Nationalismus. Wir bitten daher die drei Westmächte, die Demontagefrage von diesem Gesichtspunkt aus zu betrachten. Es muß einen Weg geben zwischen dem alliierten Reparations-Verlangen und den deutschen Lebensnotwendigkeiten.“

Arbeitsminister Storch erklärte u. a.: „Sie können versichert sein, daß die Bundesregierung der Not der Demontage-Verweigerer mit größter Aufgeschlossenheit und mit erster Bereitwilligkeit zu durchgreifender Hilfe gegenübersteht. Was in dieser Hinsicht irgend möglich ist, soll und wird geschehen. Es muß eine Form gefunden werden, die besatzungsrechtlich vertreten werden kann; vor allem aber muß eine einwandfreie Rechtsgrundlage geschaffen werden. Den Betroffenen dürfte am besten gedient sein, wenn die Erledigung dieser Fragen der Bundesregierung überlassen würde, weil von ihr aus am schnellsten geholfen werden kann.“ In einer Zusatzklärung sagte Storch ferner: „Kein Deutscher darf für Demontagen als Arbeiter gepreßt werden.“

Die Diskussion des Demontage-Problems war auf die Tagesordnung gesetzt worden durch einen Demontage-Antrag der SPD vom 7. September.

Der mit überwältigender Mehrheit des Hauses angenommene Beschluß der SPD charakterisiert die fortwährenden Demontagen als „unerträgliche Belastung des neuen demokratischen Staatswesens und als Hindernis für die Gesundung der Wirtschaft“. Die Demontagen liefern den Anstrengungen des Marshall-Planes zuwider, indem sie die vorhandenen Produktionskräfte zerschlagen und damit dem vom Marshall-Plan erstrebten Ausgleich der deutschen Zahlungs-Bilanz unmöglich machen. Wörtlich heißt es dann weiter:

„Demontagen und Beschränkung von Friedens-Industrien erscheinen dem deutschen Volk als Ausdruck einer unversöhnlichen Haltung. Die Alliierten haben alle Möglichkeiten in der Hand, ihre Wünsche nach Sicherheit und Wiedergutmachung zu befriedigen, ohne Arbeitsplätze zu zerstören. Europa ist nicht damit gedient, daß man Produktionsanlagen vernichtet.“

Im Ringen um die Abwendung dieser Zerstörungen hat es das deutsche Volk dankbar empfunden, daß es auch im Ausland Verständnis und Hilfe gefunden hat. Im besonderen gilt dieser Dank dem Senat der Vereinigten Staaten und der unermüdelichen Aufklärungsarbeit der amerikanischen Gewerkschaften.

Der Bundestag erhofft von den Regierungen Frankreichs, Groß-Britanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika, daß sie erstens eine erneute Nachprüfung der Demontagelisten beschleunigt veranlassen und zweitens bis zur endgültigen Entscheidung keine weiteren Demontagen durchführen und die laufenden Demontagen stoppen.“

Anschließend beschäftigte sich der Bundestag mit den vorliegenden Anträgen zur Berliner Frage. Mit überwältigender Mehrheit wurde der SPD-Antrag gebilligt, Berlin als 12. Land in die Bundesrepublik einzubeziehen. Mit diesem Antrag, der von der Berliner Abgeordneten Frau Louis Schroeder vorgebracht wurde, sprach sich der Bundestag gleichzeitig dafür aus, daß Berlin künftig wieder die Hauptstadt der Bundesrepublik sein sollte. (Gegen diesen Zusatz hatten sich die Bayernpartei, die CSU und die Nationale Rechte gewandt.) Die Alliierte Hohe Kommission wurde ersucht, ihren Standpunkt in dieser Frage zu überprüfen.

Nach der Abstimmung über die Berliner Frage setzte sich der hessische Justizminister Zinn für den sozialdemokratischen Antrag ein, den Sitz der obersten Bundesorgane nach Frankfurt zu legen. Er betonte ausdrück-

lich, daß damit der Anspruch Berlins, die Hauptstadt Deutschlands zu sein, in keiner Weise berührt würde. Es sei nicht tragbar, die großen Summen, die man in Frankfurt bereits investiert habe, nun noch einmal in Bonn auszugeben. Der Antrag, Frankfurt zum Sitz der Bundesregierung zu machen, wurde einem Ausschuß überwiesen. Dieser Ausschuß, dem keine Vertreter aus Hessen und Nordrhein-Westfalen angehören, soll in spätestens drei Wochen Bericht erstatten.

Zu Beginn der Sitzung des Bundestages gab Präsident Dr. Köhler bekannt, daß außer der WAV und des Zentrums auch die Freien Demokraten und die Deutsche Partei eine Fraktionsgemeinschaft eingegangen seien.

Vor der Debatte über die Demontagefrage einigte sich der Bundestag über die Mitgliederzahl der 36 Ausschüsse. Demnach haben in den wichtigsten Ausschüssen alle Fraktionen die Möglichkeit zur Mitarbeit. Es handelt sich dabei u. a. um den Haushalts-Ausschuß und die Ausschüsse für Finanz- und Steuerfragen, für Wirtschaftspolitik, für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, für Heimatverbände, für Rechtswesen und Verfassungsrecht.

Der Kohle-Preis bleibt stabil

Erklärung von Wirtschaftsminister Erhard
Bonn (TP). Bundeswirtschaftsminister Professor Erhard hat den Bonner TP-Korre-

spondenten am Freitag zu folgender Erklärung ermächtigt:

„Der deutsche Kohlenpreis wird unter allen Umständen stabil gehalten werden. Nur so ist das Anziehen der Preise zu verhindern. Am 3. Oktober werden in Bonn die ersten deutsch-alliierten und insbesondere deutsch-französischen Gespräche stattfinden, die sich um die Klärung der Kohlenfrage bemühen werden. Wir sind überzeugt, daß es gelingt, eine deutsch-französische Lösungsformel zu finden.“

Zu dem am Montag beginnenden Besprechungen werden, wie man von anderer Seite erfährt, auch französische Fachleute aus Paris erwartet. Es wäre übertrieben, so sagt man in Bonner Wirtschaftskreisen, mit einem besonders schnellen Gang der Verhandlungen zu rechnen. Man erinnert hierbei an die Tatsache, daß die Dreipunkte-Entscheidung der Hohen Kommissare vom 27. September das Ergebnis von 18 1/2-stündigen Geheimbesprechungen auf dem Petersberg war.

Dr. Erhard hatte am Freitag eine Aussprache mit dem Generaldirektor der Deutschen Kohlenbergbauleitung, Heinrich Kost. Es wurde vereinbart, keine allgemeinen Exportpreise für Kohlen festzusetzen. Die Preise sollen entsprechend den einzelnen Sorten und der Abwertung in den verschiedenen Ländern festgelegt werden. Dieser Beschluß muß noch von der alliierten-Hohen Kommission bestätigt werden.

Erfolgreiche Verhandlungen

D-Mark-Kurs und Kohlenpreis voneinander getrennt

Bonn (TP). Mit Befriedigung wird in verantwortlichen deutschen Regierungskreisen darauf verwiesen, daß die am Donnerstag auf dem Petersberg geführten deutsch-alliierten Gespräche zur D-Mark-Umwertung und vor allem Dingen zur Fixierung des deutschen Kohlenpreises zu Erfolgen geführt haben, welche für die Zukunft als „verheißungsvoll“ charakterisiert werden.

An den Gesprächen mit den Hohen Kommissaren nahmen deutscherseits teil: Bundeskanzler Dr. Adenauer, Vizekanzler Blicher, Finanzminister Dr. Schäffer und Wirtschaftsminister Erhard. Nach der vierstündigen Konferenz wurde eine Verlautbarung veröffentlicht, derzufolge man u. a. übereinkam, daß juristische Sachverständige der vier Länder zusammentreten sollen, um die Anwendung gewisser Bestimmungen des Besatzungs-Statuts und das Verfahren für die Behandlung ähnlicher Fragen in Zukunft zu prüfen. Dabei wurde allerdings festgestellt, daß die endgültige Entscheidung aller dieser Fragen bei der Hohen Kommission verbleiben muß, daß jedoch der Donnerstag-Sitzung ein weiterer Gedankenaustausch folgen wird. Als wesentlichen Passus der Verlautbarung gilt der Hinweis: „Der Bundesregierung bleibt überlassen, neue Vorschläge zur Ausführung des § 3 des Beschlusses der Hohen Kommission zu machen.“

Deutscherseits wurde den Hohen Kommissaren mitgeteilt, daß die Bundesregierung kraft eigener Autorität den Umrechnungsakt der Deutschen Mark zum Dollar mit Wirkung vom 19. September 1949, 0 Uhr, auf 23,8 Dollar-Cents festgesetzt hat. Die Hohe Kommission billigte diesen Beschluß, durch den die alte Dollar-Parität von 4,20 Goldmark wiederhergestellt wird.

Nach Deutung gut orientierter deutscher Stellen weist die amtliche Verlautbarung zur Konferenz auf dem Petersberg drei wesentliche Ergebnisse auf:

Erstens haben sich die Hohen Kommissare bereiterklärt, sich erstmalig in eine Diskussion über Verfahrenfragen des Besatzungs-Statuts einzulassen und diese Diskussionen in Zukunft offiziell mit den deutschen Stellen fortzusetzen.

Zweitens sind Gespräche in Gang gekommen, die zur Abgrenzung der alliierten Kompetenzen führen müssen.

Drittens ist der Absatz 3 der alliierten Verlautbarung vom Mittwoch praktisch gesehen außer Kraft gesetzt, und zwar so lange, bis die deutschen Gegenvorschläge zur Festlegung des Kohlenpreises unterbreitet und erörtert worden sind.

Grundsätzlich wird noch hinzugefügt, daß es endlich gelungen sei, nach tagelangen Verhandlungen das D-Mark-Problem von dem Problem der Preisgestaltung für Kohle zu trennen, was bisher infolge der alliierten Haltung nicht möglich war.

Carlo Schmid fesselt das Haus

Abschluß der Bonner Generaldebatte

Bonn (TP). Mit der professoralen Rhetorik seines bürgerlichen Berufes, der schöngeligen Dialektik seiner französischen Erbanlage und mit der parteipolitischen Fundierung eines sozialdemokratischen Spitzenfunktionärs sprach der Tübinger Professor Carlo Schmid am Donnerstag 76 Minuten lang zum Bundes-

tag und beendete damit im wesentlichen die Generaldebatte zur Regierungserklärung.

Als die 60 Minuten der zugestandenen Redezeit vorüber waren, billigte das Haus geschlossen die Verlängerung. Als die auf der Tribüne als die beste Rede seit der Konstituierung des Parlaments charakterisierte Auseinandersetzung mit dem Adenauer'schen Sozialprogramm beendet war, hatte man das Gefühl, daß die meisten Abgeordneten einer weiteren Verlängerung dieses mit Bonnots durchsetzten Kollegs über Demokratie und Freiheit zugestimmt haben würden.

Schmid bezeichnete gewisse Äußerungen der Rechten als „Relikte des National-Liberalismus der wilhelminischen Zeit“ und verlangte die „Demobilisierung der industriellen Reserve-Armee“, womit er die Beseitigung der Arbeitslosigkeit meinte. Er verteidigte die Planwirtschaft als eine Ordnung, die vorsorgender Menschenverstand geschaffen habe.

Zur Frage des Besatzungs-Statuts erklärte Carlo Schmid, daß es sich in den nächsten Wochen zeigen werde, ob es Kontrolle, Befehl, Einspruch oder Beratung darstelle. „Ich habe“, so fuhr er fort, „hier einige Bedenken. Die D-Mark-Geschichte der letzten Tage war ein schlechter Start. Der Ausgleich mit Frankreich auf solider Grundlage muß erreicht werden. Dazu sagen wir dreimal ja aber man sollte von uns nicht verlangen, daß wir ständig im Bitterhemd herumlaufen, und man sollte nicht von den Franzosen verlangen, daß sie einfach vergessen, was war. Das Saargebiet ist ein Stück Deutschlands, es gibt keine Saarfrage. Man

Blitzkrieg-Drohung?

Belgrader Befürchtungen nach der Kündigung des Beistandspaktes

New York (TP). Schlagartig ist auf den Abschluß des Budapest Hochverratsprozesses, in dem neue Anklagen gegen Jugoslawien erhoben wurden, die Kündigung des sowjetrussisch-jugoslawischen Beistandspaktes durch die Moskauer Regierung gefolgt.

In einer Erklärung bezeichnete der auf der UN-Tagung weilende jugoslawische Außenminister Kardelj diese Kündigung als eine neue Bedrohung. Der Schritt der Sowjetregierung beweise, daß sie ihre Einschüchterungspolitik unter allen Umständen fortsetzen wolle. Kardelj warf die Frage auf, wie die russische Regierung ihre Haltung gegen Jugoslawien mit ihren Friedensbeteuerungen in Einklang bringen könne.

In der russischen Note, in welcher der Freundschaftspakt gekündigt wird, wird behauptet, Jugoslawien habe durch seine feindselige Haltung den Pakt verletzt. Der Vertrag ist 1945 in Moskau unterzeichnet worden. Er sollte für 20 Jahre in Kraft bleiben.

In den Hauptstädten der Westmächte hat die russische Note keine besondere Überraschung hervorgerufen. Allgemein wird darauf hingewiesen, daß der Pakt bereits seit einigen Monaten nicht mehr bestehe. In Belgrad dagegen äußert man sich sehr besorgt über die Lage auf dem Balkan. Ein Sonderbeauftragter Stalins soll sich in Belgrad aufhalten, um mit Marschall Tito über die Mel-

wage doch eine Volksabstimmung an der Saar. Aber wir haben hier einen Vorschlag zu machen: Man ermögliche einen ungehinderten Zugang der Kohle zum Erz und des Erzes zur Kohle.“

„Die Opposition“, so sagte Carol Schmid zum Schluß, „ist kein Club der Mißvergünstigen; Regierung und Opposition bilden zusammen das Ganze.“

„Diese Grenzkorrekturen sind untragbar“

Eine außenpolitische Erklärung Adenauers
Bonn (TP). „Ich bedauere es außerordentlich, daß die niederländische Regierung in den letzten Tagen die sogenannten Grenzkorrekturen vorgenommen hat, ohne daß sich irgend jemand vorher an das Land Nordrhein-Westfalen oder aber — was noch richtiger gewesen wäre — an die Bundesregierung gewandt hat.“ Mit diesen Worten leitete Bundeskanzler Adenauer am Donnerstag im Bundestag eine außenpolitische Erklärung ein, deren Eindeutigkeit von allen Parteien des Hauses mit starkem Beifall gebilligt wurde.

„Diese Grenzberichtigung im Westen ist vollkommen unmöglich und kann von uns in keiner Weise ertragen werden“, sagte Adenauer. „Die niederländische Regierung wünscht, mit uns in wirtschaftlichen Beziehungen zu leben. Wirtschaftliche Beziehungen sind nicht möglich ohne gegenseitige Achtung. Es ist ein Zeichen der Mißachtung gegenüber der Bundesregierung, wenn derartiges vorkommt, wie es jetzt vorgekommen ist.“

Adenauer äußerte sich ferner zu den „romantischen Ausführungen“ über Böhmen, Mähren und Österreich, die im Verlauf der Generaldebatte gemacht worden seien. Er sagte: „Ich bitte alle diejenigen, die in diesem Haus von diesen Dingen sprechen, zu bedenken: Jeder sollte seine Worte sehr sorgfältig abwägen, ob sie nicht zu Mißdeutungen Anlaß geben können, die das im Ausland gegen Deutschland noch bestehende Mißtrauen noch verstärken könnten. Jeder von uns wird mit den vertriebenen Sudetendeutschen empfinden und fühlen, und jeder wird mit ihnen daher übereinstimmen, daß sie verlangen, in ihre Heimat, in eine freie Heimat, zurückzukehren. Aber lassen Sie mich ausdrücklich betonen: das hat mit Plänen, Gedanken und Gedankengängen, wie sie früher bei den Alldeutschen und später bei den Nationalsozialisten bestanden, gar nichts zu tun. Das ist lediglich ein Ausdruck der Liebe zur Heimat, und weiter nichts.“

Zur Saarfrage erklärte der Kanzler: „Die Franzosen sind wirtschaftlich an der Saar interessiert — wir aber wirtschaftlich und national. Ich bedauere die Entwicklung in der Saarfrage außerordentlich, einmal aus deutschen Interessen und zweitens aus den europäischen Interessen heraus. Ich glaube aber auch wie viele daran, daß sich eines Tages doch im europäischen Sinne eine Regelung der Saarfrage finden wird, die unseren wirtschaftlichen und nationalen Interessen genügt.“

Keine Änderung der Demontagepolitik

Washington (TP). Hier gab das Außenministerium bekannt, daß der britische, amerikanische und französische Außenminister vereinbart haben, in der Demontagepolitik in Deutschland keine Änderung eintreten zu lassen.

Auch Ungarn kündigte

Budapest (R). Nach der Sowjetunion hat jetzt auch Ungarn den Freundschafts- und Beistandspakt mit Jugoslawien gekündigt. Die Regierung in Budapest bringt gegen Marschall Tito die gleichen Argumente vor, auf die sich auch die Sowjetregierung gestützt hat.

Nach der Sowjet-Union und Ungarn hat auch Polen seinen Freundschafts- und Beistands-Vertrag mit Jugoslawien aufgekündigt. Die in der diesbezüglichen Note gegebene Begründung hält sich eng an die sowjetische und ungarische Aufkündigung.

Mao Tse-tung Präsident der chinesischen Volksrepublik

Peking (TP). Der Führer der chinesischen Kommunisten Mao Tse-tung, wurde am Freitag zum Präsidenten der chinesischen Volksrepublik gewählt.

„Am Rande des Abgrunds“

Die EZ vom 29. 9. brachte unter dieser Überschrift Auszüge aus der Rede des englischen Oppositionsführers, der die Labour-Regierung scharf kritisierte. Durch ein Versehen wurden die Anführungszeichen weggelassen. Nicht die EZ meint also, daß England „am Rande des Abgrunds“ sei, sondern Churchill. Da unsere Zeitung unbedingt objektiv sein will, möchten wir dies Versehen hier ausdrücklich feststellen.

Unterhaus billigte Abwertung

Enttäuschung über den Verlauf der Aussprache

London (TP). Das britische Unterhaus billigte am Donnerstagabend die Entscheidung der Regierung, das Pfund abzuwerten. Der Mitausschuss der Konservativen wurde mit 350 gegen 212 Stimmen abgelehnt. Premierminister Attlee erklärte zum Schluß der Debatte, daß Großbritanniens Wirtschaftsproblem nur auf der Basis der Zusammenarbeit mit anderen Nationen gelöst werden kann. Man habe von der Gleichgültigkeit Großbritanniens gegenüber Europa gesprochen; in Wirklichkeit aber trachte Großbritannien nach größtmöglicher Ausdehnung des Handels nicht nur mit dem Commonwealth und der USA, sondern auch mit den Staaten des europäischen Kontinents. Attlee erklärte weiter, daß die Ausgaben der Regierung ständiger Überprüfungen unterzogen würden. Er betonte jedoch, daß die Regierung Kürzungen auf dem Gebiet des Sozialwesens nicht für angebracht halte.

Als letzter der Oppositionsredner sprach Eden. Er forderte die Regierung auf, eine Konferenz der Mitgliedstaaten des Commonwealth und der Staaten des westeuropäischen Kontinents einzuberufen, auf der die Aufhebung von Handelsbeschränkungen erörtert werden soll.

Zu der Unterhaus-Debatte erklärte die „Times“, daß diese nicht so sehr eine sachliche Auseinandersetzung über die Abwertung des Pfundes als eine Generalprobe für die Wahlkampagne gewesen sei. In einem Leitartikel der „Times“ wird ferner Enttäuschung über den Verlauf der Debatte zum Ausdruck gebracht, die dem Volk wenig Trost und Hilfe gegeben hätten.

UN-Vollmacht

Nationalchinas gegenstandslos

Peking (TP). Der Konsultativrat der chinesischen Volksrepublik hat die neue Verfassung für das kommunistische China angenommen, meldet heute Radio Peking. Wie UP annimmt, wird auf Grund dieser Verfassung die Regierung der chinesischen Volksrepublik in den nächsten Tagen gebildet werden. In der Verfassung wird u. a. die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, mit den Volksdemokratien und mit den unterdrückten Völkern der Welt gefordert.

Der Konsultativrat der chinesischen Volksrepublik beschloß, die UN-Vollversammlung aufzufordern, die Vollmacht der UN-Delegation Nationalchinas zu widerrufen.

Tschiangkai-schek

gibt weitere Verschlechterung zu

Kanton (TP). Generalissimo Tschiangkai-schek gab vor dem Vorstand der Kuomintang zu, daß sich die militärische Lage im Süden und Südosten Chinas verschlechtert habe. Die Nationalregierung könne jedoch die Offensive wieder ergreifen, wenn sich die Finanzschwierigkeiten beseitigen ließen. Tschiangkai-schek will künftig über die Ausgaben und Einkünfte der Regierung öffentlich Rechenschaft geben.

Atomkontrolle nach wie vor ungeeilt

New York (NBC). Die sechs ständigen Mitglieder der UN-Atomenergie-Kommission setzten ihre inoffiziellen Beratungen über eine internationale Kontrolle fort. Neue Vorschläge sollen laut Reuter bisher nicht unterbreitet worden sein. Der US-Delegierte Warrin Austin erklärte, die USA habe die Sowjetunion aufgefordert, neue Vorschläge für eine internationale Atomkontrolle zu unterbreiten. Damit haben sich die Vereinten Staaten zum erstenmal seit drei Jahren einverstanden erklärt, neue Vorlagen zu prüfen, die von den bisherigen Kontrollplänen der Vereinten Nationen abweichen.

Neuer Griechenland-Ausschuß

Lake Success (TP). Ein aus vier Mitgliedern bestehender Ausschuß der Vereinten Nationen wird von neuem versuchen, Griechenlands Differenzen mit seinen drei nördlichen Nachbarn Albanien, Jugoslawien und Bulgarien beizulegen. Der Ausschuß wurde von politischen Ausschüß der Vereinten Nationen eingesetzt.

Luftversorgung Berlins eingestellt

Berlin (TP). Entsprechend einer Bekanntgabe des Hauptquartiers der amerikanischen Luftstreitkräfte wurde die Luftversorgung Berlins am Freitag abend endgültig eingestellt. Dies erfolgte einen Monat früher als vorgesehen, weil sich jetzt ausreichende Vorräte in Berlin befinden.

Bis auf weiteres werden jedoch noch neun britische Flugzeuge fünfmal in der Woche Kohle nach Berlin befördern. Wie amtlich angekündigt wird, haben die Berliner Westsektoren jetzt Kohlevorräte, die für fünf Monate reichen.

Interzonen-Besprechungen säuern an

Frankfurt (TP). Das Bundeswirtschaftsministerium teilt mit, daß die Verhandlungen mit der ostzonalen Wirtschaftskommission ohne Unterbrechung fortgesetzt werden.

Nur die Sowjet-Union

Berlin (TP). Die wahren Lebensinteressen des deutschen Volkes berücksichtigen gegenwärtig nur die Sowjetunion, sagte Gerhard Eisler, der neu ernannte Propagandaleiter der Ostzonen-Wirtschaftskommission bei einem Vortrag in Berlin. Die wirtschaftliche und politische Macht des sowjetischen Staates werde dem deutschen Volk eine Hilfe sein, die ihm kein anderes Land geben kann.

Markgraf Generalinspekteur der Ostpolizei Berlin (TP). Der Polizeipräsident des sowjetischen Sektors von Berlin, Kurt Markgraf, ist zum Generalinspekteur der Polizei in der Ostzone ernannt worden.

Hessen vermindert Zahl der Ministerien. Das hessische Kabinett hat beschlossen, die Zahl der Ministerien von 8 auf 5 herabzusetzen. 3 Minister haben ihre Ämter niedergelegt, weil sie als Abgeordnete in den Bundestag gewählt wurden. (TP)

Kann die Flüchtlingsnot aus eigener Kraft behoben werden?

Nach Feststellungen des Institutes für Weltwirtschaft hat Westdeutschland nach dem Kriege ungefähr 8 Millionen Menschen zusätzlich aufnehmen müssen. Diese Flüchtlinge und Vertriebenen sind zum größten Teil nur provisorisch untergebracht und für viele von ihnen fehlen alle Voraussetzungen, sie in Arbeit und Brot zu bringen. Selbst wenn alle diese Menschen gleichmäßig über den westdeutschen Raum verteilt würden, fehlt es an Wohnraum und Arbeitsplätzen. Brides zu schaffen, setzt den Einsatz von Kapitalien voraus, über die wir weder verfügen, noch in absehbarer Zeit aus eigener Kraft werden verfügen können.

Rechnet man je Wohneinheit nur den Betrag von 10.000 DM, so ergibt sich ein notwendiger Kapitalaufwand von insgesamt 20 Milliarden DM. Dazu käme ein weiterer Kapitalbedarf in schwer schätzbarer Höhe für wirtschaftliche Investitionen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, der auf jeden Fall ähnliche Dimensionen hat. Rechnet man dazu den Aufwand, der notwendig ist, um unsere zerstörten Städte und Betriebe wieder aufzubauen, dann wird sofort die Unmöglichkeit klar, alle diese Probleme zugleich aus eigener Kraft lösen zu können.

Stellt man sich auf den Standpunkt, daß der Wiederaufbau der Städte und Betriebe ureigene Angelegenheit unseres Volkes ist, so bleibt immer noch der beträchtliche „Rest“ der Flüchtlings- und Vertriebenensorge, dessen Lösung keinen Aufschub verträgt. Ganz abgesehen von der Unmöglichkeit, diese Menschenmassen einem ungewissen und in jedem Falle untragbaren Schicksal auszuliefern, bedeutet eine Not derartiger Umfanges eine schwere soziale und politische Belastung, die im Vorfeld der westlichen Welt nicht ohne schwerste Schäden für alle europäischen Völker getragen werden kann.

Hier müßte also eine Soforthilfe größeren Stiles im Gesamtinteresse der westlichen Welt von eben dieser Welt eingeleitet werden.

Wirtschaftlich gesehen ist es auf die Dauer ein Nonsens, die Arbeitskraft so vieler Menschen nicht voll auszunutzen. Europa, das durch diesen Krieg

so schwer gelitten hat, kann sich wirtschaftlich einen derartigen Ausfall nicht leisten. Sobald man sich von der Vorstellung freimacht, daß ein wirtschaftlicher Einsatz der Flüchtlinge eine einseitige Stärkung des deutschen Wirtschaftspotentials bedeute, und begreift, daß ein solcher ganz Europa zugute kommen muß, schrumpft das Vorfeldrisiko — das im Ausland immer wieder gegen Kapitalinvestitionen in Deutschland ins Feld geführt wird — zusammen. Es würden nämlich gerade solche Investitionen auch das politische Risiko wesentlich verkleinern, ja nach unserem Dafürhalten stellenweise ganz beseitigen, weil eine wirksame Eingliederung der Flüchtlinge in den westeuropäischen Lebensraum, im Osten politische Spannungen in eben diesem Ausmaß verringert. Druck jedweder Art erzeugt Gegendruck. Wird also der Druck verringert, so vermindert sich folgerichtig auch der Gegendruck. Damit würden sich für die westliche und auch westdeutsche Wirtschaft wie von selbst gesunde Handels- und Austauschbeziehungen zu den östlichen Ländern anknüpfen lassen, die die erweiterte Wirtschaftskapazität aufnehmen und zugleich als Gegenleistung dringend benötigte Nahrungsgüter heranschaffen.

Das Problem zeigt, daß wir alle in Europa im gleichen Hause wohnen, also alle aufeinander angewiesen sind. Natürlich erfordert die Lösung des Problems ein beträchtliches Ausmaß konstruktiver Phantasie. Aber die Welt hat inzwischen — wenn wir an den Marshallplan denken — bewiesen, daß sie zu solcher Fähigkeit ist. Nur dürfen wir alle nicht auf halbem Wege stehen bleiben.

Es gibt Möglichkeiten, das Flüchtlingsproblem in Westdeutschland wenigstens teilweise zu lösen, sofern sich alle Völker zu konkretem Handeln aufraffen. Wie es heute keinem europäischen Volk gleichgültig sein kann, wenn beispielsweise der Lebensstandard des englischen Menschen absinkt, so auch nicht, daß im Westen Deutschlands 8 Millionen Menschen größter innerer und äußerer Not ausgesetzt sind. Die Krankheiten, die hierdurch entstehen könnten, sind ansteckend, denn wir können uns alle nicht isolieren!

Wirtschafts-Nachrichten

Arbeitgeber zur Abwertung

Hbt. Wiesbaden. Es sollte das gemeinsame Ziel der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sein, einen Anstieg der Lebenshaltungskosten zu vermeiden oder auf ein erträgliches Mindestmaß zu beschränken, erklärte die sozialpolitische Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber zur Änderung des DM-Kurses. Die Arbeitsgemeinschaft als Zentralorgan der Arbeitgeber in der Bundesrepublik ruft Erzeuger und Händler auf, jetzt nicht an einen Augenblicksgewinn zu denken. Man solle die Gesundheit der Wirtschaft auf lange Sicht im Auge behalten. Die Produktion müsse gesteigert und ihre Kosten müßten gesenkt werden. Die Arbeitgeber fordern ferner, daß die Steuern herabgesetzt werden. Von den Arbeitnehmern erwarten sie, daß einzelne „unbedachte Freisetzungen“ nicht zum Anlaß von Lohnforderungen genommen werden. Die Arbeitsgemeinschaft halte auch in der gegenwärtigen Lage an dem Grundsatz eines stabilen Nominallohnes fest.

Bergarbeiter fordern höhere Löhne

Bochum (TP). Forderungen der Bergarbeiter auf höhere Löhne kündigte am Donnerstag ein Sprecher der Industriegewerkschaft Bergbau in der britischen Zone an. Es wurde betont, daß die Lohnforderung unabhängig von der DM-Abwertung sei. Man betont ferner, daß die Kohlenpreise nicht erhöht werden dürfen. Zur Zeit untersucht die Bergarbeitergewerkschaft, in welchem Umfang der Lohn bei gleichbleibenden Kohlenpreisen gesteigert werden könne.

Getreide-Umlage 1949

Die Landwirtschaft gab sich vor der diesjährigen Ernte vielfach der Hoffnung hin, daß auch auf dem Getreidesektor eine Lockerung der Bewirtschaftungsmaßnahmen vorgenommen würde und die Herausgabe von Ablieferungsscheiden der Vergangenheit angehörte. Führt man sich jedoch vor Augen, daß bei Brotgetreide das Eigenaufkommen aus der Ernte 1948 den Bedarf der Bevölkerung im Vereinigten Wirtschaftsgebiet nur zu 57 % decken konnte, während

43 % durch Importe aufgebracht werden mußten, dann ergibt sich von selbst die Notwendigkeit, daß auch im Wirtschaftsjahr 1949/50 auf eine Umlage nicht verzichtet werden darf.

Die Eigenzeugung bei Futtergetreide betrug im vorigen Jahr etwa 64 %, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß die Nachfrage nur zu einem gewissen Teil befriedigt werden konnte. Mit Rücksicht auf diese starke Einfuhrfähigkeit bei Getreide sah sich die Frankfurter Verwaltung veranlaßt, auch die Ernte 1949 zu erfassen. Demgemäß wurde Brotgetreide für das Wirtschaftsjahr 1949/50 zum vollablieferungspflichtigen Erzeugnis erklärt und die Anordnung über das Verfüterungsverbot beibehalten. Ausgenommen von der Ablieferungspflicht sind lediglich die für den Selbstversorger- und Saatgutbedarf genehmigten Sätze. Getreide insgesamt und Hülsenfrüchte sind dagegen Pflichterzeugnisse, d. h. jeder Erzeuger erhält neben einem Mindestablieferungssoll in Brotgetreide ein bestimmtes Gesamtgetreidekontingent mitgeteilt.

Die Höhe der Liefersolls wird einmal durch die Anbauflächen und zum anderen durch die Erträge bestimmt.

Nach den bisher vorliegenden Unterlagen

sind die Getreideerträge trotz der anhaltenden Trockenheit als befriedigend zu bezeichnen. Dies mag dadurch bedingt sein, daß die Dürre spät genug einsetzte, um sich im großen und ganzen nicht nachteilig auf die Aehrenausbildung auswirken zu können. Diese Feststellung schließt natürlich nicht aus, daß bei flachgründigen und durchlässigen Böden Schäden durch den Niederschlagsmangel eingetreten sind. Besonders gut sind die Hektarerträge bei Brotgetreide ausgefallen. Gerste ist im Korn zwar vielfach klein geblieben, aber trotzdem sind auch hier beachtliche Ernteergebnisse zu verzeichnen. Die Hafererträge weisen entsprechend den unterschiedlichen Boden- und Niederschlagsverhältnissen ein wenig gleichmäßiges Bild auf. Eine Gegenüberstellung zu den Vorjahreserträgen läßt erkennen, daß im Landesdurchschnitt sowohl bei Brot- als auch bei Futtergetreide die Ernte 1949 erheblich besser ausgefallen ist als die von 1948. Die Verminderung von Anbauflächen wird dadurch mehr als ausgeglichen, so daß das Gesamtgetreideaufkommen in unserem Land über dem des Vorjahres liegt.

Die Veranlagung der Kreise wurde von einem beim Landwirtschaftsministerium gebildeten Sachverständigenausschuß unter Teilnahme des Bauernverbandes vorgenommen. Dabei wurden zum Vergleich besonders die den Umlagen der letzten Jahre zugrunde liegenden Ertragsziffern, sowie die bisherigen Ablieferungsleistungen herangezogen.

Die Umlagen bei Gerste, Hafer und Sommergetreide sind gemäß den Anordnungen der VFLF bewußt niedriger gehalten als im Vorjahr; damit findet der erhöhte Futterbedarf Berücksichtigung. Den Betrieben soll dadurch auch eine größere Preisfreiheit in ihrer Wirtschaftsweise zugestanden werden. Infolge der durch die anhaltende Trockenheit bedingten katastrophalen Futternot in Württemberg-Baden wird es unserer Landwirtschaft trotz dieser Ermäßigung der Ablieferungsmengen und der im allgemeinen gegenüber 1948 höheren Futtergetreideernte nicht leicht fallen, die ausgegebenen Kontingente aufzubringen. Der verhältnismäßig hohe Gerstenpreis dürfte allerdings dazu beitragen, daß diese Getreideart weitgehend erfaßt wird. Ferner werden die im Gang befindlichen und noch in Aussicht stehenden preisgünstigen Maisrücklieferungen die Härte der Futtergetreideabgabe mildern helfen. Auch ist darauf hinzuweisen, daß Hülsenfrüchte im Verhältnis von 1:1,5 zu auf das Futtergetreideablieferungssoll anrechnungsfähig sind. Es darf jedenfalls nicht vergessen werden, daß unsere Ernährungswirtschaft gerade auf die Abgabe von Gerste, Hafer und Sommergetreide für die verschiedensten Verwendungszwecke angewiesen ist.

Fall Gröning artet in Skandal aus

Enthüllungen früherer Mitarbeiter

Rosenheim (SWK). Der Fall des sogenannten „Wunderdoktors“ Bruno Gröning scheint langsam die Formen eines regelrechten Skandals annehmen zu wollen. Mit Schuld daran haben nicht zuletzt Grönings gegenwärtige und frühere Mitarbeiter selbst. An den Zeitungskiosken machen sich „Extrablätter“ und sonstige Organe mit marktstreischer Aufmachung förmlich den Platz streitig. Es ist auch nicht immer klar ersichtlich, wer gegen wen Stellung nimmt. Ob Gröning selbst von diesem langsam widerlich werdenden Treiben weiß, soll dahingestellt bleiben. Jedenfalls scheint er zu einer Mario-

nettenfigur seines Mitarbeiterkreises zu werden. Auch die Berichterstattung über Gröning ist alles andere als vertrauensweckend. Die widerspruchsvollsten Nachrichten werden innerhalb von nicht ganz 24 Stunden dreimal demontiert und bestätigt.

Der bisherige sogenannte „Chefpropagandist“ Grönings, der Journalist Egon Arthur Schmid, bezichtigt in einer eidesstattlichen Erklärung Gröning eines schweren Notzuchtverbrechens, das er an einem minderjährigen Mädchen während der Hypnose begangen haben soll. Schmidt spricht von einer tatsächlichen Vergewaltigung der Jugendlichen. Auch der früher für Gröning sehr rührige Dr. Michael Graf Soltikow hat Gröning nunmehr „entlarvt“. Im übrigen äußert sich Soltikow jetzt in sehr bestimmter, abfälliger Weise über die Heilmethoden Grönings, der nur sehr fragwürdige Ergebnisse erzielt habe. Die geheilten Kranken hätten nicht selten eine Verschlimmerung ihres Leidens feststellen können.

Wie verlautet, beabsichtigt Bruno Gröning, Deutschland erst dann zu verlassen, „wenn hier alle Kranken geheilt seien“. Im Zusammenhang mit der Eröffnung einer Stuttgarter Geschäftsstelle des „Ringes der Freunde Bruno Grönings“ im Vorort Heslach wird behauptet, daß Gröning etwa Mitte Oktober auch nach Stuttgart komme, „um den Gläubigen Heilung zu bringen“. Eine Nachprüfung der Bücher und Unterlagen dieser Geschäftsstelle, die in den letzten fünf Tagen über 1000 DM Spenden vereinnahmt hat, deckte erhebliche Lücken in der Buchführung auf. Obwohl Gröning selbst den „Ring der Freunde“ aufgelöst hat, besteht die Stuttgarter Geschäftsstelle weiter.

Südwestdeutsche Nachrichten

Karlsruhe oder doch Stuttgart?

Karlsruhe (SWK). Die Frage, wo das neue Funkhaus des Süddeutschen Rundfunks erstellt werden soll, hat nach Meldungen aus Stuttgart jetzt wieder eine neue Lesart bekommen. Danach ist man innerhalb der dortigen Stadtverwaltung der Auffassung, daß das neue Funkhaus „selbstverständlich in der Landeshauptstadt stehen müsse“. Deshalb ist man auch bereit, die kürzlich abgebrochenen Verhandlungen wegen Überlassung entsprechender Baulichkeiten wieder aufzunehmen. Wie wir hören, sollen die von Karlsruhe gemachten Vorschläge durchaus noch nicht unter den Tisch gefallen sein.

Gefährlicher Sittlichkeitsverbrecher verhaftet

Karlsruhe (SWK). Einer Streife der Kriminalpolizei gelang im Durlacher Wald die Festnahme eines lang gesuchten Sittlichkeitsverbrechers, der im Laufe dieses Jahres in mehreren Fällen Frauen unter Drohungen vergewaltigt hatte. Bei dem Verbrecher handelt es sich um einen 38 Jahre alten, ledigen Kraftfahrer aus Karlsruhe.

Tödlicher Unfall auf der Autobahn

Mannheim (SWK). Auf der Autobahn in der Nähe Mannheims fuhr ein Lastwagen auf einen wegen Panne auf der Strecke stehenden LKW-Anhänger auf. Während der Fahrer schwer verletzt wurde, verstarb der Beifahrer bereits auf dem Wege zum Krankenhaus.

Ein hartnäckiger Selbstmordkandidat

Heidelberg (SWK). Ein 23jähriger junger Mann stieß sich in der Absicht, Selbstmord zu begehen, ein Tranchiermesser in die Herzgegend. Vor rund 14 Tagen war der junge Mann wegen Einnehmens von Gift in ein Krankenhaus eingeliefert worden. Da seine Absicht auch in diesem Falle nicht zum Erfolg geführt hatte, nahm er am Tage vor seiner Entlassung aus der Klinik eine Überanzahl von Schlaftabletten, deren Wirkung jedoch im letzten Augenblick zunichte gemacht werden konnte. Der hartnäckige Selbstmordkandidat mußte jetzt wieder dem Krankenhaus zueinfahrt werden.

Verein badischer Jäger gegründet

Freiburg (SWK). Dieser Tage fand hier die Gründungsversammlung des Vereins badischer Jäger statt. Zum Präsidenten wurde Oberbürgermeister Dr. Waeldin, Lehr, gewählt. Die neue Geschäftsstelle des Vereins befindet sich in Freiburg, Urachstr. 15.

Er verging sich an Jugendlichen

Konstanz (SWK). Hier wurde ein 38jähriger Mann verhaftet, weil er seine berufliche Tätigkeit ausnutzte, um sich in unsittlicher Weise an Jugendlichen zu vergehen. Mehrere Fälle konnten ihm nachgewiesen werden.

4jähriges Kind im See ertrunken

Konstanz (SWK). Ein 4jähriges Kind, das von einem Kraftfahrer an den See mitgenommen worden war, machte sich in einem unbewachten Augenblick davon und spielte am Ufer. Der Fahrer, der sich kurze Zeit entfernt hatte, bemerkte bei seiner Rückkehr das Fehlen des Kindes. Die Nachforschungen ergaben, daß das Kind in den Bodensee gefallen und ertrunken war. Die Leiche wurde einen Tag später an Land gespült.

Ende einer „Xanthippenschlacht“

Ludwigshafen (SWK). Zwei Frauen, die sich um den „Besitz“ eines Mannes nicht einig werden konnten, gerieten auf offener Straße in Meinungsverschiedenheiten und zersausten sich die Haare erbittert. Da auf diese Art die Differenzen nicht beizulegen waren, stieß die eine der Frauen der andern eine Gabel knapp über dem Auge in den Kopf und verletzte sie hierdurch beträchtlich.

Das Gemick gebrochen

A. Schramberg. Der Inhaber des Bierdepots der Brauerei Leicht-Vaihingen in Schramberg, Albert Burgbacher, stürzte in seinem Anwesen so unglücklich die Treppe herunter, daß er das Gemick brach und sofort tot war.

Ein Dementi Heinz Hilpert

Konstanz (SWK). Zu den verschiedenen Veröffentlichungen der letzten Zeit über Schwierigkeiten des Deutschen Theaters in Konstanz und deren Verschärfung erklärt Intendant Heinz Hilpert, daß diese Meldungen nicht zutreffend seien.